



Im Lokalteil

Waldstetter Brücke bleibt zu

Die Bauarbeiten dauern länger, die Öffnung der Brücke bis Weihnachten ist damit vom Tisch. Immerhin: Fußgänger sollen zwischen den Jahren die Seite wechseln können – wenn alles klappt wie geplant, sagt der zuständige Bauleiter. » Seite 15

Wintereinbruch mit Unfällen

Es war ein Wintereinbruch mit Ansage, denn seit Tagen werden Schneefälle prognostiziert, so dass die „weiße Pracht“ ab dem späten Mittwochvormittag nicht wirklich überraschend kam. Dennoch ereigneten sich aufgrund glatter Straßen im Ostalbkreis zahlreiche Unfälle. » Seite 15

Ehrenamtskarte: Gute Idee?

Ohne das bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement wäre in der Gesellschaft im Allgemeinen und nicht zuletzt in den Städten und Gemeinden sowie in Rettungsorganisationen und sozialen Diensten vieles gar nicht möglich. Ab Frühjahr 2023 soll im Ostalbkreis eine Ehrenamtskarte eingeführt werden. Damit sollen ehrenamtlich tätige Menschen Vergünstigungen beim Eintritt in Freizeit- und Bildungseinrichtungen erhalten. Was sagen die Ehrenamtlichen selbst dazu? » Seite 17

Klinik: Bürger wollen mitreden

Ein Zentralklinikum im Ostalbkreis oder wie bisher mehrere Standorte? Bei dieser Entscheidung fordert ein neues Bündnis mehr Transparenz und strebt ein Bürgerbegehren an. Dieses Bürgerbegehren hat zunächst konkret noch gar nichts mit der Klinik-Frage zu tun, sondern zielt darauf ab, dass der Landtag den Weg für die direkte Demokratie auch auf Kreisebene öffnet. » Seite 23

Comeback der Meisterschaften

An den Vereinsmeisterschaften der LG Staufen haben nach der Corona-Pause zahlreiche Athletinnen und Athleten teilgenommen und dabei bemerkenswerte Leistungen zu Beginn der Saison gezeigt. » Seite 24

Hillmer: Platz eins in Oberhof

Mit Selina Kölle, Janne Holz und Julian Hillmer ist der SC Degenfeld bei der Deutschlandpokal-Premiere in der neuen Saison in Oberhof vertreten gewesen. Julian Hillmer setzte sich in der Jugend | 16 zum Auftakt gleich gegen seine Konkurrenz durch. » Seite 25

41 Siege für den SV Gmünd

Beim 26. Internationalen Schwimmfest um den „Erlanger Röth“ auf der 50-Meter-Bahn in der Hannah-Stockbauer-Halle in Erlangen hat das 15-köpfige Team des Schwimmvereins Gmünd in den Jahrgangswertungen 41 Siege und zwei Staffelerfolge, 22 zweite Plätze und neun dritte Ränge erreicht. » Seite 25

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
14460,20 Pkt. -37,69 Pkt.	3975,26 Pkt. -11,57 Pkt.	1,0649 Dollar +1,04 Cent

Wetter

Mittags 0° | Nachts -2°
Es bleibt stark bewölkt mit gebietsweisem Schneefall



Viele im Land gehen skeptisch ins neue Jahr

BaWü-Check Eine neue Umfrage der Südwestverlage zeigt, dass die Stimmung gedämpft ist. Das Flüchtlingsproblem steht aber nicht im Mittelpunkt.



VON KAI HOLOCH

STUTT GART. Die hohe Inflationsrate, der Krieg in der Ukraine und die Unsicherheit über die weitere Entwicklung im Land dämpfen kurz vor Weihnachten die Stimmung der Bürger im Land. Das zeigt eine repräsentative Meinungsumfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen durchgeführt hat.

49

Prozent der Befragten sehen die Flüchtlingspolitik des Landes kritisch.

Zwar haben sich laut BaWü-Check viele ein wenig an die Krisensituation gewöhnt. So ist die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die ausgeprägte Befürchtungen für die Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten haben, von 38 auf 32 Prozent gesunken. Das führt aber nicht zu einem Anstieg bei der Zahl derjenigen, die mit Hoffnungen ins kommende Jahr gehen. Nach wie vor verharret dieser Wert bei 21 Prozent.

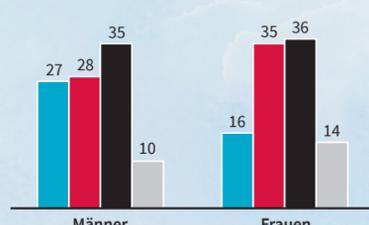
Besonders geringe Hoffnungen haben Frauen (16 Prozent) und mit 18 Prozent Menschen, die älter als 60 Jahre sind. Immerhin sind 27 Prozent der Männer und 29 Prozent der unter 30-Jährigen optimistisch gestimmt.

Stimmung im Südwesten

Wie sehen Sie den kommenden zwölf Monaten entgegen?

Angaben in Prozent, gerundet

mit Hoffnungen mit Befürchtungen mit Skepsis unentschieden



Wären Sie bereit, Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen – unabhängig davon, ob es bei Ihnen machbar wäre?

Angaben in Prozent, gerundet



Grafik: Krause Quelle: IfD-Allensbach für Baden-Württemberg

Derzeit ist die Schar der Skeptiker deutlich größer geworden: Zählten die Meinungsforscher im August noch 29 Prozent der Baden-Württemberger zu dieser Gruppe, so sind es nun bereits 35 Prozent. Allerdings gibt es ein weitverbreitetes Unbehagen gegenüber der Flüchtlingspolitik des Landes. Nur 27 Prozent stellten dem Land ein positives Zeugnis aus, 49 Prozent sehen die Arbeit von Grün-Schwarz in diesem Bereich kritisch.

Laut BaWü-Check gibt es nach wie vor großes Verständnis für die Situation der Flüchtlinge aus der Ukraine – die Bereitschaft, Flüchtlinge aus dem Krisengebiet aufzunehmen, nimmt rund zehn Monate nach Kriegsbeginn zwar langsam ab, ist aber immer noch beachtlich. Selbst die Tatsache, dass für die Flüchtlingsunterbringung wieder Sporthallen genutzt werden müssen, stößt auf vergleichsweise breites Verständnis. Dennoch scheint das Interesse in der Bevölkerung des Landes an dem Thema begrenzt zu sein. So vermögen 25 Prozent der Befragten nicht zu sagen, ob in jüngerer Zeit in ihrer Region viele Flüchtlinge untergebracht wurden.

34 Prozent trauen sich kein Urteil bei der Frage zu, woher die meisten Flüchtlinge kommen. Das sei umso verwunderlicher, als seit Kriegsbeginn vor allem Menschen aus der Ukraine nach Deutschland gekommen sind, so die Meinungsforscher.

Kommentar

Spielwarenläden immer stärker unter Druck

Die Fachgeschäfte verlieren massiv Umsatz an Drogerie- und Verbrauchermärkte sowie Discounter.

STUTT GART. Die kleinen Spielwarenfachgeschäfte haben immer weniger Anteil am Branchenumsatz. „Schon seit Jahren entdecken viele branchenfremde Unternehmen das Spielwarensortiment für sich“, sagte Sabine Hagmann, Hauptgeschäftsführerin des Handelsverbands Baden-Württemberg, unserer Zeitung. Nach Erhebungen des Handelsverbands Spielwaren wird nur noch jeder sechste Euro in einem Fachgeschäft umgesetzt, wozu aber auch Spielwarenketten und Drogeriemärkte zählen.

Mehr als die Hälfte des Umsatzes wird online erzielt, ein weiteres Drittel setzen Verbrauchermärkte, Buchhändler oder Discounter um. Laut Bundesverband E-Commerce und Versandhandel hat in Deutschland in den letzten zehn Jahren jedes vierte Spielwarengeschäft aufgegeben. dag

Wer Staatshilfe kassiert, muss Boni einschränken

Unternehmen, die in hohem Maße Unterstützung aus den Energiepreispresen erhalten, dürfen keine Dividenden zahlen.

VON MATTHIAS SCHIERMEYER

STUTT GART. Die Wirtschaft hadert immer mehr mit der staatlichen Entlastung von den hohen Energiekosten. „Die Gaskommission wollte ein einfaches Zielpreisniveau, das den Unternehmen Planungssicherheit gibt“, betont ein Sprecher der Unternehmer Baden-Württemberg (UBW). „Jetzt haben wir in den Gesetzentwürfen ein sehr komplexes Rabattsystem mit vielen Kriterien, in die sich die Unternehmen unterschiedlich einordnen. Wir brauchen dringend umfassendere, passgenauere und unbürokratischere Strom- und Gaspreispresen.“

Neuester Aufreger ist eine Regelung der Ampelregierung, die eine Auszahlung von Boni und Dividenden an die Unternehmensführung verhindern soll, wenn diese Staatshilfen aus der Gas- und Energiepreispresen in Höhe von mindestens 50 Millionen Euro in Anspruch nimmt. Bei einer Unterstützung zwischen 25 und 50 Millionen Euro dürfen bestimmte Boni-Zahlungen im kommenden Jahr nicht angehoben werden. Die Dividenden bleiben da noch unberührt. Aus Sicht des Verbandes der chemischen Industrie geht diese Regelung „meilenweit an den Realitäten in den Unternehmen vorbei“.

Derweil hinterlässt das kalte Winterwetter Spuren an den Beständen der staatlichen Gasspeicher: Allein am Montag ist ein ganzer Prozentpunkt daraus entnommen worden. Der Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, ruft nachdrücklich zum Energiesparen auf. „Trotz der Kälte meine Bitte: Gehen Sie achtsam mit dem Gasverbrauch um“, sagte er an die Adresse von Privathaushalten und Unternehmen. Von einer Mangellage sei Deutschland dennoch „sehr, sehr weit entfernt“. Nach Angaben vom Mittwoch betrug der Füllstand zuletzt 92,45 Prozent.

Glatteis: Kliniken in Südbaden überlastet

Der Wintereinbruch hat den Südwesten voll erwischt. Auf den Straßen gibt es Hunderte Unfälle.

FREIBURG/TÜBINGEN. Schneefälle und gefährliches Glatteis haben im Südwesten chaotische Zustände ausgelöst. Auf den Straßen gab es landesweit Hunderte Verkehrsunfälle, es gab Sachschäden und Menschen wurden verletzt, so die Behörden.

Besonders schlimm sah es in Südbaden aus: Weil Kliniken wegen der vielen Unfälle überfüllt waren, bauten Rettungskräfte einen Behandlungsplatz in der Freiburger Messehalle auf. Bis zu 15 Verletzte konnten dort zeitgleich medizinisch versorgt werden, so das Rote Kreuz. Auch die Notfallaufnahme der BG Klinik Tübingen ist nach Angaben einer Sprecherin voll ausgelastet gewesen.

Auf den Wintereinbruch sollen in der nächsten Woche vergleichsweise milde Temperaturen folgen. dpa

Kommentar

Flüchtlingskrise fordert die Politik

Der BaWü-Check zeigt, dass die Bürger Geflüchteten helfen wollen, aber mit der Politik unzufrieden sind.

VON KAI HOLOCH

Der von den baden-württembergischen Tageszeitungen in Auftrag gegebene BaWü-Check ist ein wichtiges Barometer für die Stimmungslage im Land. Beim aktuellen Check fallen gleich zwei Dinge ins Auge: Zum einen ist es die immer noch vorhandene große Bereitschaft, ukrainische Flüchtlinge im Land aufzunehmen und diese bei ihren Integrationsbemühungen zu unterstützen. Dass viele Bürger dabei sogar in Kauf nehmen, dass Turnhallen für die Erstaufnahme umgewidmet werden, macht deutlich, wie sehr sich die aktuelle Flüchtlingswelle von der im Jahr 2015 unterscheidet.

Zum anderen gibt es eine bemerkenswerte Unzufriedenheit mit der Flüchtlingspolitik der grün-schwarzen Landesregierung. Dass 49 Prozent der Befragten mit dem Vorgehen unzufrieden sind – und nur 27 Prozent diese gutheißen –, lässt sich zwar nicht allein den politischen Entscheidungen der Regierung zuschreiben: Für Regelungen, um einen Pull-Effekt zu vermeiden, oder für die nach Meinung vieler Bürger zu laxen Grenzkontrollen ist der Bund zuständig.

Soll die Stimmung nicht kippen, muss das Land aber schnell die Hausaufgaben machen: Zwar führt wohl kein Weg daran vorbei, die Landeserstaufnahmestelle in Ellwangen noch einmal zu verlängern. Dazu angetan, das Vertrauen der Bürger in Zusagen der Landesregierung zu stärken, ist diese Maßnahme gewiss nicht. Solche Fehler dürfen sich nicht wiederholen.

Frankreich entzaubert Marokko

AL-CHAUR. Frankreichs Weltmeister haben das traumhafte WM-Märchen Marokkos jäh beendet und greifen schon wieder nach dem goldenen Pokal. Die Équipe Tricolore setzte sich am Mittwoch gegen den ersten afrikanischen Halbfinalisten überhaupt etwas glücklich mit 2:0 (1:0) durch und trifft am Sonntag im großen Endspiel auf Lionel Messi Argentinien. Den Marokkanern bleibt der Stolz, bei der WM in Katar jetzt schon Historisches geleistet zu haben. Am Samstag können die Nordafrikaner gegen Kroatien noch Platz drei erreichen. In der Heimat fieberten und zitterten Millionen Menschen mit – mindestens die Verlängerung wäre vor 68 294 Zuschauern im Al-Bait Stadion verdient gewesen. dpa